

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/105

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 3

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 2006 (x887/...):

>>Halm in den Winden des Zeitgeistes

Deutschlands fataler Gesellschaftswandel durch das Wirken der "Frankfurter Schule"
von Günter Rohrmoser

Was sind die Folgen der "Frankfurter Schule" gewesen? Die Folgen waren und verbinden sich mit der berühmten studentischen Revolte und das nicht zufällig, weil natürlich die erste Phase dieses Umformungsprozesses an den Universitäten ansetzen mußte. Sie erkannten, und das gehört zu den ältesten Einsichten von Horkheimer, daß die Wissenschaft in dieser modernen Industriegesellschaft die erste und die wichtigste Produktivkraft ist. Wer die Kontrolle und die Steuerung dieser Produktivkraft Wissenschaft in die Hand bekommt, der hat damit die Gesellschaft im ganzen in der Hand. Nun sind nicht alle deutschen Universitäten erobert worden, aber entscheidende Universitäten und Universitätsbereiche. Damals erklärte ein Wissenschaftler, es sei erfolgreich gelungen, die Bremer Universität in eine Art stalinistische Kaderschmiede zu verwandeln. Das ist heute völlig anders, aber das konnte damals mit Stolz als ein wichtiger und wesentlicher Schritt verkündet werden.

Wir wissen, was daraus geworden ist. Die Revolte hat bewirkt, daß die alte deutsche Universität zerschlagen wurde. Sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zuerst die Ministerialbürokraten die seit Generationen versuchte Machtübernahme über die Universitäten erreichten. Dann wurde die Universität vergesellschaftet, das heißt gesellschaftliche Gruppen versammeln ihre Vertreter in einem Gremienrat, der über Hochschullehrer, Mittelverwendung, Lehrpläne und so weiter entscheidet. Die Vergesellschaftung der Universität ist zwar erreicht worden, aber nicht so wie unsere Revolutionskämpfer es sich gedacht haben, sondern eher das Gegenteil wurde erreicht und bewirkt.

Und dann natürlich die Schule. Man staunt immer wieder, daß es Leute gibt, die darüber erschrecken, was über die innere Verfassung und den Zustand unseres Schulwesens an ihre Ohren dringt. Die Schule war und ist nach der Universität von gleicher Bedeutung, denn die Schule ist die Stätte des Prozesses, durch den eine heranwachsende biologische Generation in die vorgegebenen Kulturverhältnisse, -formen und -verständnisse eingeübt und eingelebt werden muß. Das heißt wenn dieser Vorgang der Einübung in die vorgegebene Kultur nicht stattfindet, dann bricht diese Kultur, ihre Kontinuität und Tradition ab. Das Ziel der sogenannten emanzipatorischen Schule war genau entgegengesetzt, nämlich die Kinder aus der bestehenden Kultur zu emanzipieren, das heißt konkret, sie herauszubringen, und das dazu geeignete Mittel war die anti-autoritäre Erziehung. Das Ergebnis ist die Rütli-Schule.

Auch wissen wir, daß über 20 Prozent der Schulabgänger nicht im Besitz der geforderten Kul-

turtechniken sind und zehn bis 15 Prozent weder lesen noch schreiben können, und zwar nicht nur ausländische Kinder, sondern auch deutsche. Das heißt, was hier entstanden ist als Folge eines übersehenen, unterdrückten und zum Teil verdrängten kulturevolutionären Angriffs und Prozesses, stellt uns vor Probleme, auf die gegenwärtig niemand eine Antwort hat. An einer anderen Schule haben Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen, an der Schule muß deutsch geredet werden. Welche Sprache sollte denn sonst an einer deutschen Schule gebraucht werden? Wie soll man Unterricht erteilen in Klassen, in denen 20 Nationen vertreten sind und ebenso viele unterschiedliche Sprachen?

Und drittens, das ist vielleicht das allerwichtigste, die Familie. Es gehörte von Anfang an zu dieser kulturevolutionären Bewegung der Wille, die traditionelle bürgerliche Familie aufzulösen und abzuschaffen. Das war Programm.

Im zweiten Familienbericht der damaligen Bundesregierung unter Helmut Schmidt war zu lesen, daß die Familie eine Zwangsinstitution sei. Die verbürgerlichte Familie ist also ein Herrschaftsgebilde, und zwar ein Herrschaftsgebilde zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Zustände und Verhältnisse. Der Vater ist die Vermittlungsfigur, der die dem Kapitalismus förderlichen Normen und Werte in der Familie tyrannisch durchsetzt, dabei die Frau unterdrückt, die Kommunikationsverhältnisse auflöst und Familie damit zu einer Zwangsinstitution macht. Da muß man sich doch fragen, was haben sich die Bürger eigentlich gedacht, wenn sie das überhaupt zur Kenntnis genommen haben.

In einer Stadt wie Stuttgart leben in bald 50 Prozent der Wohnungen Alleinstehende, und sehr viel anders werden die Verhältnisse in anderen Großstädten auch nicht sein. Jede zweite Ehe scheitert tendenziell und zum krönenden Abschluß erhebt die CDU-Familienministerin, angepaßt und gemildert durch grüne Schattierung, zum Regierungsprogramm, daß Eltern, die beide arbeiten, Elterngeld bekommen und Frauen, die zu Hause bleiben, nicht. Das war der ursprüngliche Vorschlag, aber heute bekommen nur die doppelarbeitenden Eltern Elterngeld, wenn der Mann auch bereit ist zwei Monate den Wickeldienst für das Baby zu übernehmen. Ob das gut oder schlecht ist, ist unerheblich, aber es ist die Erfüllung des kulturevolutionären Programms.

Daß das deutsche Volk mit einiger Energie und Besessenheit dabei ist, sich biologisch selber zu dezimieren, ist ja nicht vom Himmel gefallen. Natürlich sind andere Faktoren und Bedingungen hinzugekommen, aber das gehört auch mit zum Resultat. Die CDU sagt heute, Familie ist da, wo Kinder sind. Jedes Individuum in der liberalen Gesellschaft kann entscheiden, ob es heiraten will oder nicht, wen es heiraten will und wen es nicht heiraten will. Nur mit den Kindern ist es anders. Ich kann nicht sagen, Familie ist da, wo Kinder sind, ohne die Frage zu stellen, wo kommen denn die Kinder her? Sie kommen doch nicht aus den Schwulenverbindungen, sie kommen doch aus der Familie. Die privatindividualistische Gestaltung der Eheverhältnisse ist eine Sache, aber mit der damit verbundenen Verweigerung und Auflösung der Familie ist der biologische Untergang dieses Landes vorprogrammiert, das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen.

Denn was folgt aus der Überalterung? Nicht nur, daß die Leute erfreulich alt werden, sondern daß die Gesellschaft ihre vitalen Impulse verliert, mit der sie sich der Zukunft mit Optimismus und Zuversicht zuwenden kann. Die überwiegenden Alten verteidigen ihre Besitzstände gegen die Zukunft und es wird ein katastrophaler Bruch in dem sowieso bedenklichen bis morbiden Verhältnis zur Zukunft eintreten. Nun beginnt man, das zu diskutieren, aber zu einem Zeitpunkt, wo das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. Und was hat sich aus alledem für das Leitbild unserer gesellschaftlichen Ordnung ergeben? Wie haben wir die Gesellschaft verstanden, die sich aus allen diesen Bedingungen heraus entwickeln sollte und auch entwickelt hat?

Nachdem man mit der Geschichte alle geschichtsbildenden Kräfte wie Nation, Religion,

Überlieferung, Tradition und Autorität abgeschafft hat, blieb für diese Gesellschaft, und das ist der gegenwärtige Stand, nur noch eins über, nämlich wirtschaftliches Wachstum.

Das müssen wir uns doch einmal klar machen, daß wir einen Staat haben, der praktisch seine ganze Existenz auf die These gestellt hat, daß die Wirtschaft im Jahr durchschnittlich drei bis sechs Prozent Wachstum produzieren muß. Ein Staat, der auf Wachstum gegründet ist, ist kein Staat mehr, denn er ist restlos seiner staatlichen Handlungsmöglichkeiten beraubt, aber dazu verurteilt, das zu erzeugen, was ein Staat nicht kann. Der Staat kann kein Wachstum erzeugen und nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen.

Das zweite ist der progressive Ausbau des Sozialstaates, nicht nach den Prinzipien, die sich die Väter der Sozialen Marktwirtschaft vorgestellt haben, sondern da ist etwas ganz anderes daraus geworden. Nach den Vorstellungen von Müller-Annack sollte der Sozialstaat die Punkte in der Wirtschaft kompensieren, in der einer aus Unglück, Unvermögen oder Krankheit nicht im Stande ist, seinen gesellschaftlichen Status zu erhalten. Dann sollte der Sozialstaat tätig werden und komplementär Hilfe leisten. Das ist die ursprüngliche Idee des Sozialstaates. Und was ist unter dieser Kulturrevolution daraus geworden?

Das Ziel ist, eine Sicherung vor allen denkbaren Risiken des Lebens zu erreichen. Und da haben wir Erstaunliches erreicht. Es gibt keinen sozialistischen Staat, der sich mit dem, was wir erreicht haben, nämlich diesem Grad von sozialer Sicherung, auch nur im Entferntesten messen kann. Die Idealziele des Sozialismus haben wir weltweit am besten erfüllt, nicht die Sowjetunion, nicht Polen, auch nicht die DDR, obwohl die am tüchtigsten waren. Unsere freie, liberale Wirtschaftsgesellschaft hat das erreicht.

Der nächste Schritt war die Überzeugung, daß man auf diesen beiden Säulen, Wirtschaftswachstum und Ausbau sozialer Sicherung, stehen könnte, um sich dem großen Ziel der Emanzipation zuzuwenden. Jeder sollte sich selbst und jeder sollte den anderen emanzipieren. Das Kennwort dieser Epoche lautet: Selbstverwirklichung!

Freigesetzt von den Zwängen der Ökonomie, freigesetzt von sozialer Abhängigkeit, sollte das Ziel der Selbstverwirklichung das alles übergreifende Leitende und die eigentliche Legitimation für diesen Staat sein. Wir wissen, wo dieses große emanzipatorische Ziel geendet hat - in der Spaßgesellschaft. Und wenn die Kassen heute noch voll wären, würden wir nichts anderes sein als eine Spaßgesellschaft.

Der gegenwärtige Stand ist, daß dieses Modell geschichtlich definitiv erledigt ist. Diese Ziele, kontinuierliches dynamisches wirtschaftliches Wachstum, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, weiterer Ausbau sozialer Sicherheit und Selbstverwirklichung als einziges Ziel, die sind aus und vorbei. Wir erleben das Ende einer durch diese kulturrevolutionären Ziele und Antriebe gestalteten Epoche. Das ist ein historischer Augenblick. Jeder sollte sich eigentlich der ganzen Tragweite und Tiefe dieses Augenblicks bewußt sein.

Die Bundesrepublik ist spät, vielleicht zu spät, in der Wirklichkeit angekommen. Wäre es zu spät, dann bliebe nur die Hoffnung, die auch Lenin leitete, daß die Geschichte immer klüger ist als die Vorstellungen, die wir von ihr haben.

Und das bedeutet auch, die Wirklichkeit so wie sie ist und nicht wie wir sie haben möchten so vollständig wie möglich zu erkennen. Die Annahme dieser sogenannten Wahrheit über die Wirklichkeit wie sie ist, würde schon einen erheblichen Schritt zu unserer Rettung bedeuten.

Aber genauso wichtig ist, die Fähigkeit und den Willen zum geschichtlichen Denken zurückzugewinnen. Die Geschichtslosigkeit ist eine der gefährlichsten Pathologien unserer Gesellschaft. Aber das wird uns ja jetzt durch die Existenz der drei Millionen Muslime in unserem Lande geradezu aufgezwungen.

Wenn als Antwort auf die Affäre um die dänische Karikatur Pressefreiheit angegeben wird, ist das natürlich eine wunderbare und richtige Antwort. Nur die Frage ist, reicht das aus. Kann das die ganze Antwort des Westens auf diese Herausforderung sein? Außerdem sagen wir, wir

brauchen den Dialog. Kardinal Lehman sagt, wir brauchen den Dialog und sagt aber sofort, er hat noch gar nicht begonnen.

Wenn wir den Dialog, brauchen, dann müssen wir uns auch dialogfähig machen. Was soll denn ein junger Deutscher einem Türken entgegensetzen, der von Nationalstolz erfüllt ist, den sein Gottesglaube trägt und der überzeugt ist, die Zukunft einer großen Nation Türkei vor sich zu haben. Wir müssen uns dieser Frage stellen und kommen nicht daran vorbei. Das wird auch die Zukunft Europas bestimmen, und wir sind Teil Europas, und hier muß man ganz klar sehen, es gibt ohne Deutschland auch kein Europa.

Letztendlich entscheidet sich auch die Zukunft Europas in Deutschland. Wenn Deutschland ausfällt, gibt es kein Europa, und das heißt, daß wir gezwungen sind, uns auf unser großes antik-christliches, früher sagte man abendländisches Erbe zu besinnen, weil hier allein noch ein Fundament zu finden ist, auf dem man stehen kann, ohne wie ein Halm in den Winden des Zeitgeistes zu schwanken.

Der Autor war Ordinarius für Sozialphilosophie und politische Philosophie sowie Berater von Franz-Josef Strauß und Hans Filbinger. Er verknüpft Konservatismus mit dem christlichen Glauben, ist Gegner der "Frankfurter Schule" und Referent des "Studienzentrum Weikersheim".

Die "Frankfurter Schule"

Als "Frankfurter Schule" wird die neomarxistische, dialektische "Kritische Theorie" bezeichnet, die von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im "Institut für Sozialforschung" begründet worden ist.

Die "Kritische Theorie" der "Frankfurter Schule" basiert auf der ideologiekritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der Theoriebildung. Mit Kritik und Erkenntnis ist der Anspruch verbunden, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Die 1947 von Theodor W. Adorno und Horkheimer gemeinsam verfaßte Essay-Sammlung "Dialektik der Aufklärung" gilt als Hauptwerk der Schule.

Die "Frankfurter Schule" ging aus dem "Institut für Sozialforschung" (IfS) der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main hervor, das auf Betreiben des Mäzens Felix Weil 1923 begründet wurde. Unter der Leitung von Max Horkheimer entstand 1932 die "Zeitschrift für Sozialforschung" als theoretisches Organ des Instituts. Darin formulierte und diskutierte Horkheimer Grundzüge einer "Kritischen Theorie" der Gesellschaft, die gerne als unorthodoxe Spielart des Marxismus interpretiert wird.

Zu Horkheimers Mitarbeitern gehörten Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal und Friedrich Pollock. Auch Walter Benjamin, der während seiner Emigration vom Institut finanziell unterstützt wurde, lieferte bedeutende Beiträge.

Das Institut mußte nach 1933 Deutschland verlassen, zog zunächst nach Paris, dann in die Vereinigten Staaten. Nach der Rückkehr Adornos und Horkheimers aus der Emigration an die Goethe-Universität (1950) gewann die "Frankfurter Schule" für die 68er-Bewegung große Bedeutung und prägte Teile der deutschen akademischen Soziologie stark in Richtung der "Kritischen Theorie".

Das "Frankfurter Institut für Sozialforschung" sollte unter Horkheimers Leitung zu einer interdisziplinär arbeitenden Institution werden, in der theoretische Grundlagenkritik mit empirischen Studien verknüpft werden. So arbeiteten Adorno und Horkheimer im Exil an einer Studie zum Autoritären Charakter mit dem totalitäre Regime zu erklären versucht werden. Die Erfahrung des Nationalsozialismus und der Judenvernichtung waren für die theoretischen und empirischen Arbeiten der "Kritischen Theorie" prägend.

Die Vertreter der "Kritischen Theorie", allen voran Adorno, gingen den Fragen nach, wie sich die Wiederholung eines solchen Ereignisses verhindern ließe und welche Rolle die Vernunft

in diesem Zusammenhang noch spielen könne. Nach Horkheimers und Adornos Tod wurden vor allem Jürgen Habermas, den zu habilitieren sie abgelehnt hatten, und Oskar Negt für die "Frankfurter Schule" repräsentativ. Ihre "Kritische Theorie" wird in Abgrenzung zur Älteren "Kritischen Theorie" Adornos und Horkheimers auch als Jüngere Kritische Theorie bezeichnet.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 2006 (x887/...): >>Als Wissenschaftler noch Deutsch sprachen

Die Sprache der Dichter und Denker hatte einmal eine ähnliche Rolle wie vorher Latein und heute Englisch

Im Zuge der Aufklärung wurde in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, das Latein als Wissenschaftssprache durch die Landessprache ersetzt. Zum einen galt Latein als die "Pfaffensprache", die Sprache Roms, die Sprache des Papstes, und im Zuge der Aufklärung versuchten sich die Wissenschaften beziehungsweise die Wissenschaftler von der Vormundschaft der Kirche und deren Doktrinen zu befreien. Zum anderen entsproß der Wechsel zur Landessprache einem Ansatz von Demokratisierung. Viele Wissenschaftler wollten heraus aus dem sprichwörtlichen "Elfenbeinturm", Wissenschaft nicht mehr um ihrer selbst betreiben, sondern mit ihr der Allgemeinheit dienen, und da lag es nahe, in der Sprache der Landsleute zu lehren und publizieren.

Das erklärt, warum Deutsch zur Wissenschaftssprache in Deutschland wurde. Doch sie wurde es nicht nur dort, wo sie Landessprache war, wo sich das Volk ihrer bediente. Vielmehr wurde sie zu einer internationalen Sprache der Wissenschaft, und das nicht ohne Grund in einem Jahrhundert, das man hier und da auch schon einmal als das deutsche bezeichnet, denn das 19. Jahrhundert brachte dem Land einen enormen Industrialisierungsschub und schließlich auch noch die nationale Einheit.

Wirklich nur exemplarisch sei hier auf das "Journal of the American Chemical Society" verwiesen. Während der vier Jahrzehnte vom Reichsgründungsjahr bis 1910 wurden in jener wichtigsten US-Chemie-Zeitschrift die deutschsprachigen Fachorgane "Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft", "Liebig's Annalen der Chemie" und "Zeitschrift für physikalische Chemie" 751mal zitiert. Das englischsprachige "Journal of the Chemical Society" bringt es dagegen gerade einmal auf 141 Zitate.

Schon die Rolle einer Lingua Franca, einer wissenschaftlichen Verkehrssprache in der Tradition des Latein wird dem Deutschen eingeräumt, wenn 1910 im "Zoological Record" russische, norwegische oder portugiesische Veröffentlichungstitel zur Erläuterung nicht etwa ins Englische, sondern ins Deutsche übersetzt werden.

Diese herausgehobene Stellung verlor die deutsche Sprache im 20. Jahrhundert, das nicht zu Unrecht als das US-amerikanische bezeichnet wird. Der Anfang vom Ende kam mit dem Ersten Weltkrieg. Das Gros der Wissenschaftler solidarisierte sich nicht nur in Deutschland mit seinem Staat und darüber zerfiel die Gelehrtenrepublik, die Gemeinschaft der Wissenschaft. Im Rahmen des großen Krieges gegen die Deutschen bekämpften deren Gegner auch deren Sprache in der Wissenschaft. Nach Deutschlands Kriegsniederlage wurden mit dem Land auch seine Wissenschaftler und seine Sprache als Parias diskriminiert.

In den 20er Jahren löste das Englische das Deutsche als meistverwandte Sprache in den naturwissenschaftlichen Publikationen ab. Die NS-Herrschaft verstärkte diesen Trend noch, und das nicht nur wegen der vielen Wissenschaftler, die in die USA emigrierten und deren Sprache annahmen. Erneut spaltete sich Europa, und wieder ging Deutschland aus einem Weltkrieg als Verlierer hervor mit den entsprechenden Folgen für die Sprache. In den 40er Jahren überholte das Englische das Deutsche nun auch erstmals bei der Zahl der jährlichen Zitate in chemischen Fachzeitschriften. Und ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 2006 (x887/...): >>Hatz auf die Hinterbank

Der Fall Henry Nitzsche und die Folgen rhetorischer Aussetzer

Ich begrüße die Debatte um Patriotismus, um endlich vom Schuld kult runterzukommen und damit Deutschland nie wieder von Multikulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird." Es ist nicht überliefert, ob der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, dem diese Worte in einer Rede aus dem Stegreif entglitten waren, noch recht bei Sinnen war.

Der 1959 im sächsischen Kamenz gebürtige Nitzsche sitzt für die CDU seit 2002 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 156 (Kamenz, Hoyerswerda, Großenhain, Radeberg) im Deutschen Bundestag. Nitzsche gilt in seinem Wahlkreis als Mann klarer Worte und Vertreter des rechten Flügels der Union. Im Bundestag ist er eher das, was man einen Hinterbänker nennt. Im ostsächsischen Lieske hatte er im Rahmen einer kleinen Parteiveranstaltung über Patriotismus diskutieren wollen und mit diesen provozierenden Worten begonnen. Das war im Juni.

Der Vorfall ist erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt, nachdem ein Parteifreund, ein Staatsanwalt aus Hoyerswerda, zurücktrat, weil Nitzsche eine noch auf der Veranstaltung eingeforderte Entschuldigung abgelehnt hatte. Der als Vorsitzender der CDU-Wittichenau im Landkreis Kamenz amtierende Parteifreund, hatte auch in seinem eigenen Verband keinen Rückhalt gefunden und zog deshalb die Konsequenzen: eigener Rücktritt und Unterrichtung der Presse.

Von einem zweiten Fall Martin Hohmann ist jetzt die Rede. Wie damals Stoiber gegen Hohmann, hat nun mit Ex-Minister Heinz Eggert erneut ein Konservativer ein Parteiausschlußverfahren gefordert. Der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmar erklärte zwar, er habe Nitzsche unmißverständlich klar gemacht, daß die Union diese Äußerungen nicht akzeptiere, und auch Nitzsche selbst hat sich von seiner Wortwahl inzwischen distanziert, aber härtere Konsequenzen bis hin zum Parteiausschluß sind nicht mehr auszuschließen. Die Bundestagsfraktion wartet ab - im Umfeld des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder heißt es, man wolle nicht gleich den Stab über Nitzsche brechen, um noch über Steigerungsszenarien zu verfügen.

Nitzsche ist bereits angezählt: 2003 hatte er - ungeachtet muslimischer Parteifreunde - gesagt, eher werde einem Muslim die Hand abfaulen, als daß er CDU wähle. 2005 machte er mit dem eigentlich unverfänglichen Motto "Arbeit, Familie, Vaterland" Wahlkampf, obwohl oder weil es ein Jahr zuvor von der NPD als Motto eines Bundesparteitages verwendet worden war.

Geradezu genüßlich forderte die sächsische NPD den CDU-Abgeordneten Nitzsche nun zum Parteiübertritt auf. Ein gefundenes Fressen für alle politischen Gegner. Der Fall Nitzsche ist aber kein Fall Hohmann, denn Martin Hohmann, wurde unterstellt, er habe in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit 2003 Juden ein Tätervolk genannt, was er so gerade nicht getan hatte. Dennoch wurde Martin Hohmann, der höchste Wahlergebnisse erzielt und fraktionsübergreifend als kollegial bis beliebt gegolten hatte, aus der Partei ausgeschlossen. Nitzsche zu opfern, das dürfte der CDU ungleich leichter fallen.

Nitzsche hat dem (verbliebenen) rechten Flügel in der Union und den Konservativen überhaupt mit seinem rhetorischen Mißgriff geschadet. Vokabular von unterhalb der Gürtellinie und ähnliche Herabsetzungen sind weder akzeptabel noch konservativ.

Politische Gegner greifen nun nicht nur das Schmutzelvokabular an, sondern auch den zugespitzten an sich aber akzeptablen Begriff "Schuld kult". Ein sachlicher Diskurs über einen vernünftigen Umgang mit den Verbrechen des NS-Regimes ist da kaum noch möglich.

Wer - welcher politischer Couleur auch immer - seine Positionen in den demokratischen Diskurs einbringt, der ist gut beraten, auf Beleidigungen und sonstige Verbalinjurien jeglicher Art zu verzichten, das dient nicht nur dem Schutz der eigenen Konzepte. Es ist eine Frage des po-

litischen Stils und des zwischenmenschlichen Umgangs insgesamt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. September 2008: >>"Tagträumereien"

Die CDU strickt Legenden: Ein neues Grundsatzpapier erweist sich als geschichtspolitisches Armutszeugnis

Mit ihrem neuen Grundsatzpapier "Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands" will die CDU in den neuen Ländern geschichtspolitisch in die Offensive kommen. Sie wird damit scheitern. Der voraussehbare Mißerfolg der Union muß einen keineswegs betrüben, doch die Geschichtsklitterungen, die das Papier enthält, verweisen auf die Fehldispositionen einer staatstragenden Partei und damit der deutschen Politik überhaupt.

Zur Entstehung und Entwicklung des zweiten deutschen Staates heißt es: "Die DDR wurde unter Führung des SED-Regimes auf Befehl Stalins gegründet und war eine Folge des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg. Walter Ulbricht und seine Parteigenossen unterdrückten rücksichtslos am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer Panzer den Freiheitswillen der Ostdeutschen und ihren Wunsch nach einem wiedervereinten Deutschland. Am 13. August 1961 zementierte der Mauerbau die Teilung Berlins und Deutschlands auf lange Zeit. Stacheldraht und Grenzregime bedeuteten nichts anderes als die Inhaftierung der eigenen Bevölkerung. Daher gehört zur Bilanz von 40 Jahren DDR-Diktatur auch die Verletzung der Menschenrechte und die Frage nach den Opfern des massiven Mißbrauchs politischer Macht."

Das stimmt aufs Wort, aber die Fakten sind unvollständig. Die falsche Stringenz des hier entworfenen Geschichtsbildes kann in den Neuen Ländern nur als Versuch geistiger Kolonisierung empfunden werden und muß abstoßen. Das nach 1989 von SED-Anhängern vielgehörte Argument: "Drüben haben die Amis und bei uns haben die Russen doch alles bestimmt!" war zum Teil der Versuch, von eigener Verantwortung abzulenken, aber eben nur zum Teil. Es trägt viel mehr als nur einen rationalen Kern in sich.

Primär war die DDR eine Frucht der deutschen Teilung. Diese war nicht allein Stalins Werk, sie begann de facto schon vor 1945, und zwar mit der Forderung der bedingungslosen Kapitulation und den Planungen zur Besetzung Deutschlands. Angesichts der unterschiedlichen Kriegsziele, der geopolitischen Konkurrenz und der konträren ideologischen Ausrichtung der Alliierten war vorgezeichnet, daß an der Grenze zwischen der Sowjetzone und den Westzonen die Trennlinie zwischen unterschiedlichen Hemisphären verlaufen würde. Das war die allgemein akzeptierte Geschäftsgrundlage, an der, nachdem das atomare Gleichgewicht hergestellt war, niemand mehr rüttelte.

US-Außenminister John Foster Dulles sagte 1959 zu Willy Brandt, bei allem Streit mit den Russen sei man sich mit ihnen in einer Frage einig: "Ein neutrales, womöglich noch bewaffnetes Deutschland, das zwischen den Fronten hin und her marschieren kann, wird es nicht geben." Da Dulles unmöglich damit rechnete, daß die Sowjetunion der DDR den Beitritt zur Nato gestatten würde, andererseits die Bundesrepublik sich niemals dem Warschauer Pakt anschließen würde, war damit gesagt, daß Deutschland durch einen Eisernen Vorhang zerschnitten blieb. Das schloß die Akzeptanz der DDR als russischen Vasallenstaat und damit das Recht der Sowjetunion ein, in ihrem Sinne an der Außengrenze des Imperiums für Stabilität zu sorgen. Die Mauer war die Konsequenz einer allgemein anerkannten weltpolitischen Konstellation und wurde außerhalb Deutschlands genauso gesehen.

Peter Fechter war ein Opfer von Jalta 1945

Willy Brandt erinnerte sich in seinen Memoiren an die ostentative Unaufgeregtheit der westlichen Verbündeten nach dem 13. August 1961: "Zwanzig Stunden vergingen, bis an der innerstädtischen Grenze die ersten Militärstreifen (der Westalliierten - Th. H.) gesichtet wurden. Vierzig Stunden vergingen, bis die Rechtsverwahrung auf den Weg zum sowjetischen Kommandanten gebracht war. Zweiundsiebzig Stunden vergingen, bis in Moskau der Protest ein-

ging; er klang nach Routine." Das genügte Moskau und Ost-Berlin als Signal, daß die provisorischen Drahtabsperren an der Sektorengrenze durch eine Mauer ersetzt werden konnten. Einer der besten Kenner der Materie, der Historiker Rolf Steininger, schreibt in dem Buch "Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963":

"Die Sieger - alle vier -" seien sich darin "einig" gewesen, daß Deutschland auf absehbare Zeit geteilt bleiben würde. Die Briten und die Russen wollten überhaupt kein einiges Deutschland mehr. In keiner einzigen Verhandlung haben die Westmächte von der Sowjetunion die Beseitigung der Mauer gefordert. Die Existenz der DDR, die nach Lage der Dinge nur eine sozialistische Diktatur sein konnte, mithin die "Inhaftierung" ihrer Bevölkerung, war von (fast) allen gewünscht. Selbst wenn ihre Führung das gewollt hätte, besaß die DDR bis 1989/90 nicht einmal das Recht auf Selbstabschaffung.

Für geborene Kollaborateure, Fanatiker und gemeine Naturen sind solche Zeiten der Fremdherrschaft natürlich golden, aber nicht sie haben die Konstellationen, unter denen sie herrschten, hauptsächlich geschaffen, sondern sie sind durch die Konstellationen überhaupt erst mächtig geworden. Der 18jährige Peter Fechter, der 1962 auf dem Mauerstreifen eine Stunde lang schreiend verblutete, war ganz wesentlich ein Opfer von Jalta 1945.

Wer das verdrängt, der gibt zu erkennen, vom internationalen Bedingungsgefüge, unter denen die beiden deutschen Teilstaaten existierten, geistig und politisch überfordert zu sein, der verkennt die Interessen und Beweggründe der Verbündeten und zugleich die eigene Lage. Der setzt den Kalten Krieg im Innern fort und ist daher nicht fähig, eigenständige nationale Positionen zu formulieren. Der verdrängt letztlich auch den Charakter des aktuellen deutschen Einheitsstaates, der ja nicht durch eine Wiedervereinigung, sondern durch den Beitritt der DDR "zum Geltungsbereich des Grundgesetzes" zustande kam, das wiederum als eine politische Handlungsanleitung der Westalliierten ins Leben trat. Oder geht es genau darum?

Die zweite Legende, an der das CDU-Papier strickt, ist die von ihrer Rolle als "Garant und Motor der Wiedervereinigung". Insbesondere wird Helmut Kohl gerühmt. Unerwähnt bleibt, daß bei der Formulierung des CDU-Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 1987 die Frage der Wiedervereinigung um ein Haar unter den Tisch gefallen wäre. Als der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann damals darauf hinwies, daß die Möglichkeit der deutschen Einheit wieder auf die Tagesordnung der internationalen Politik geriet - sogar der DDR-Botschafter in Moskau schickte Alarmmeldungen nach Ost-Berlin -, kanzelte Kohl ihn vor der Fraktion wegen "Tagträumereien" und "blühenden Unsinn" ab.

Deutsche Einheit spielte völlig untergeordnete Rolle

Man mag das noch unter diplomatischer Vorsicht verbuchen. Aber Karl Hugo Pruys, ein ehemaliger Mitarbeiter der CDU-Zentrale, legt in dem Buch "Helmut Kohl - der Mythos vom Kanzler der Einheit" überzeugend dar, daß es eine politische Strategie zur Wiederherstellung der deutschen staatlichen Einheit nicht gab und sie im Denken des gesamten politischen Personals in den 1980er Jahren eine völlig untergeordnete Rolle einnahm und auf wenig Begeisterung stieß. Die CDU bildete keine Ausnahme. Zitiert wird der deutsche Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, der im März 1989 nach Bonn berichtete, daß man sich "gedanklich-politisch" auf die Vereinigung einstellen sollte. "Dies ist meines Wissens aber weder geglaubt noch sind irgendwelche Konsequenzen daraus gezogen worden."

Die Einseitigkeit und Beflissenheit, mit der die CDU hier die deutsche Frage definiert, unterscheidet sich inhaltlich und formal nicht sehr von der Einseitigkeit und Beflissenheit in vergleichbaren SED-Dokumenten. Da können die Wähler in den Neuen Ländern doch gleich beim Original und in jenem geistigen Teil Deutschlands bleiben, der wieder zunehmend von der Linken dominiert wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2009: >>Merkel und das verschwundene Stasi-Foto

DDR-Vergangenheit: Der Werdegang der heutigen Bundeskanzlerin unter dem SED-Regime bietet immer wieder Anlaß für zahlreiche Spekulationen

Sie haben eine überzeugte Jungkommunistin zur Kanzlerin gewählt, ist Ihnen das überhaupt klar?" Mit diesem Satz in der ARD-Sendung von Anne Will sorgte Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine am 1. Juni vorigen Jahres für Furore. Merkel sei FDJ-Funktionärin für Propaganda und Agitation gewesen, ließ er Zuschauer und Diskussionsteilnehmer der Live-Sendung wissen. Zudem habe sie in Moskau studiert, was nur Lenin-Treue gedurft hätten.

Letzteres entpuppte sich als unwahr. Merkel war lediglich zu einem Studienaustausch in Moskau zu Gast. Doch ihre FDJ-Vergangenheit wirft Fragen auf. Handelte es sich dabei tatsächlich nur um "Kulturarbeit", die ihr eigenen Angaben zufolge "sehr viel Spaß gemacht" habe? Ein Blick in ihre Biographie und ihr politisches Umfeld, in dem sie aufwuchs, läßt Zweifel aufkommen.

Sie wird 1954 in Hamburg als Tochter des evangelischen Pfarrers Horst Kasner geboren, der mitten in der Zeit des Kalten Kriegs mit seiner Familie im gleichen Jahr freiwillig in die DDR übersiedelt. Horst Kasner, auch oft als der "rote Kasner" bezeichnet, steht der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland kritisch gegenüber.

Mit der Kirchenpolitik der SED hatte er keine Probleme. Er wurde Mitglied des 1958 gegründeten Weißenseer Arbeitskreis. Die Gruppe bestand aus zumeist linken Theologen und befand sich in Opposition zu den konservativ ausgerichteten Positionen der Berlin-Brandenburger evangelischen Kirche um Otto Dibelius. Sie war staatsfremd, vom Ministerium für Staatssicherheit beeinflußt und distanzierte sich von SED-oppositionellen Geistlichen. Ein Umstand, der besonders vor dem Hintergrund von Merkels jüngster Papst-Kritik und ihrer Haltung gegenüber dem konservativen Flügel in der Union die Frage aufwirft, inwiefern die Haltung des Vaters die spätere Kanzlerin geprägt haben könnte.

Kasner pflegte auch enge Kontakte zu Wolfgang Schnur, dem späteren Vorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs (DA) und Stasi-IM. Auch zu Lothar de Maizière und dessen Vater Clement de Maizière hat er beste Verbindungen. Clement de Maizière war führendes Mitglied der Ost-CDU und nach der Wendezeit als langjähriger Stasi-Mitarbeiter enttarnt worden. Sein Sohn soll nach Presseberichten als IM Czerny mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben: Personen, mit denen auch Merkel später enge Kontakte pflegen sollte. Für Schnur arbeitete sie während der Wende als Sprecherin beim Demokratischen Aufbruch.

Nach der Volkskammer-Wahl vom 18. März 1990 war es Lothar de Maizière, der sie zur stellvertretenden Regierungssprecherin beförderte. Als sich nach der Wiedervereinigung die Stasi-Vorwürfe gegen de Maizière verdichteten, trat Merkel dessen Nachfolge als stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende an, nachdem sie vom DA zur CDU gewechselt war. Daß Merkel CDU-Politikerin wurde, verwunderte zahlreiche Freunde und Bekannte, da man ihr eher eine Nähe zu den Grünen nachgesagt hatte. Ihre Mutter war in der SPD aktiv gewesen, und auch der DA galt zunächst als links ausgerichtet.

Bemerkenswert ist auch, daß die Familie Kasner zu DDR-Zeiten äußerst komfortable Privilegien genoß. Sie besaß zwei Autos, Reisen in den Westen waren kein Problem. Angela Kasner wurde Mitglied in der Pionierorganisation Ernst Thälmann und in der FDJ, ehe sie 1973 ihr Physik-Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig beginnen durfte. Ein Jahr später darf sie sogar zu einem Jugendaustausch nach Moskau und Leningrad reisen. Nach ihrem Studium arbeitet sie am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Elite-Akademie der Wissenschaften in Berlin. Als Kreisleitungsmitglied und Sekretärin für Agitation und Propaganda ist sie hier weiterhin für die FDJ aktiv.

Im vergangenen Jahr rückte das Internetportal Schweizmagazin Merkel sogar in die Nähe der

Bespitzelung des DDR-Kritikers Robert Havemann im Jahr 1980. Der WDR sei bei Recherchen für den Bericht "Im Auge der Macht - die Bilder der Stasi" auf das Foto einer jungen Frau gestoßen, die sich Havemanns Grundstück näherte. Angeblich sollen dort nur Stasi-Mitarbeiter Zutritt gehabt haben. Bei der Frau auf dem Bild habe es sich um Merkel gehandelt, heißt es in dem Bericht. Der WDR durfte das Bild jedoch nicht senden. Die Kanzlerin hatte die Ausstrahlung unter Berufung auf den Schutz ihrer Privatsphäre und die Gleichbehandlung vergleichbarer Fälle untersagt. Die Birtler-Behörde stellte das Foto daher nur gerastert zur Verfügung. Danach verstummte die Berichterstattung in den deutschen Medien über diesen Fall, kritisierte das Schweizer Internetportal.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):

>>**Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater**

von Philip Baugut

Er freue sich, daß Medienmacht und Medienmanipulation die demokratische Kultur nicht erschüttert hätten, rief Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 seinen Anhängern zu. Der trotz furioser Aufholjagd soeben abgewählte Kanzler inszenierte sich als Opfer einer journalistischen Verschwörung - und befeuerte auf seine Art die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Medien.

Das Zusammenspiel beider Seiten prägt die Demokratie, ist deren Prinzip doch die Öffentlichkeit, die Journalisten herstellen. Mangels direkter Begegnungen mit den Bürgern brauchen gerade Bundestagsabgeordnete die Medien für den Transport ihrer Botschaften. Nur wer in der Berichterstattung vorkommt, "findet statt", wie es im politischen Berlin heißt. Also müssen Politiker auf die Bedürfnisse der Journalisten eingehen. Gefragt sind brandheiße, möglichst exklusive Informationen, worum die rund 1.000 Parlamentskorrespondenten in der Hauptstadt knallhart konkurrieren. Aufmerksam wird registriert, wer zuerst das Interview mit der Kanzlerin bekommt, wer die SMS über den aktuellen Verhandlungsstand.

Um so belohnt zu werden, müssen Journalisten einen engen Draht zu den Spitzenpolitikern finden. Freundliche Leitartikel helfen dabei, doch die Vierte Gewalt soll den Mächtigen stets kritisch auf die Finger schauen. Die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz ist folglich die Gretchenfrage in der politisch-medialen Welt.

Die Antwort wird auf zwei Bühnen gegeben, wie eine Studie auf Basis von Interviews mit führenden Abgeordneten und Journalisten zeigt. Auf der Vorderbühne, etwa bei TV-Interviews und Talkshows, ist die inszenierte Distanz zwischen beiden Seiten unübersehbar. Der Moderator will mit kritischen Fragen glänzen, der Politiker ihm mit wohlgeformten Antworten die Show stehen.

An Theater erinnert besonders der Polittalk von Michel Friedman. "Wenn ich bei dem bin", erzählt ein Abgeordneter, der anonym bleiben möchte, "dann kloppen wir uns manchmal in einer unanständigen Weise, weil das auch seine Art, Quote zu machen, ist. In Wirklichkeit sind wir fast befreundet, nach der Sendung reichen wir uns nicht nur die Hand, sondern drücken uns auch." Es ist ein ebenso ritualisiertes wie inhaltsarmes Spiel, das beide Seiten vor laufenden Kameras aufführen. Eines, das die Zuschauer zunehmend langweilt - und davon ablenkt, daß auf der Hinterbühne die Musik spielt.

Der tiefgründige Austausch zwischen Politikern und Journalisten findet jenseits des Scheinwerferlichts statt. In den sogenannten Hintergrundkreisen, zu denen nur ausgewählte Journalisten Zugang haben, geben Abgeordnete mehr preis als in ihren glattgeschliffenen Pressemeldungen. Doch die brisanten Informationen sollen nur Interpretationshilfe sein und nicht veröffentlicht werden. "Wer schwätzt, fliegt", so die Spielregel. Ein solcher Hintergrundkreis ist die "Gelbe Karte", dem SPD-nahe Journalisten angehören. "Die duzen ihre Gesprächspartner aus der Partei auch zum großen Teil", kritisiert "Stern"-Chefredaktionsmitglied Hans-Ulrich Jörges den "ganz engen Umgang" auf der Hinterbühne.

So verwundert nicht, daß mancher Journalist seinen Duz-Freund auch in politischen Fragen berät - und damit eine berufsethische Grenze überschreitet. Als Gegenleistung wird ihm zum Beispiel ein internes Positionspapier exklusiv zugespielt. Den Bürgern bleiben solche Tauschgeschäfte verborgen, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. Daher sollte die Öffentlichkeit um die Mechanismen des politisch-medialen Zusammenspiels wissen.

Die Hintergrundkreise haben inzwischen an Bedeutung verloren, weil regelmäßig gegen die Spielregeln verstoßen wird. Vertrauliche Hintergrundinformationen, unbedachte Halbsätze, aus denen sich große Schlagzeilen basteln lassen, stehen oft schon am nächsten Tag in der Zeitung. Die Folge: Politiker informieren zurückhaltender oder verkaufen Dinge als vertraulich, die sie insgeheim veröffentlicht sehen wollen. Wer tief ins Innere eines Politikers blicken will, muß ihn zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Doch nur wenige Medien wie der "Spiegel" oder die "FAZ" bekommen diesen exklusiven Zugang.

Es ist verständlich, daß Politiker im Umgang mit Journalisten höchst vorsichtig geworden sind. Der Medienwettbewerb um Prestige und Käufer führt zu einer ständigen Jagd nach Sensationen, die den politischen Prozeß belastet. Das haben die Verhandlungen zur letzten Gesundheitsreform gezeigt. Erst nach vielen zähen Runden fanden Union und SPD einen Kompromiß, den allenthalben kritisierten Gesundheitsfonds. Im Ringen um Kopfpauschale und Bürgerversicherung stach ein Verhandlungsteilnehmer medial heraus:

Der SPD-Linke Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie mit "pathologischem Selbstdarstellungsdrang", wie ein Journalist meint. Weil der Mann mit der Fliege nicht einmal bei seinen Parteifreunden Gehör fand, beschränkte er sich darauf, die Verhandlungen zu stören. So plauderte er Zwischenergebnisse aus und wettete gegen nahezu alles, worauf sich die Koalitionsarbeitsgruppe mühsam geeinigt hatte. Hierfür boten ihm nahezu alle Medien eine Plattform. Obwohl Lauterbachs Einfluß auf die Verhandlungen minimal war, wurde er ausführlich zitiert, weil jede Äußerung das Koalitionstheater noch größer erscheinen ließ. Und die Berliner Journalisten lieben den Streit. "Wir sind Streitverstärker, im schlimmsten Fall sogar Streiterfinder", räumt ein allseits anerkannter Hauptstadtjournalist ein.

Der journalistische Nachrichten hunger ist so groß, daß ihn die Verhandlungsteilnehmer nie stillen können. Denn politische Prozesse brauchen Zeit, Medien im Online-Zeitalter aber rund um die Uhr eine Schlagzeile. Das vergiftet das Verhandlungsklima, weil die Konfliktparteien stets versucht sind, Interna auszuplaudern und über die Medien Druck auf die Gegenseite auszuüben.

Natürlich macht der öffentliche Streit eine Demokratie aus. Doch wenn jeder Reformbaustein schon im frühen Verhandlungsstadium medial zertrümmert wird, bleibt der Politik für komplizierte Sachdiskussionen nur die Flucht hinter verschlossene Türen. Die Medienmeute, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich damit selbst ein Bein: Denn um der medialen Hysterie zu entgehen, werden die wichtigen Entscheidungen in kleinste Kreise verlagert und erst dann verkündet, wenn sie in trockenen Tüchern sind. So war es bei der "Rente mit 67": Hätten die Medien von dieser Reform früher Wind bekommen, wäre die SPD-Basis dagegen Sturm gelaufen.

Es ist paradox: Die Total-Öffentlichkeit unserer hektischen Mediendemokratie schafft nicht mehr Transparenz, Kontrolle und Diskurs. Im Gegenteil, sie macht die Hinterbühne zum Ort für das wirklich Wichtige. Mehr Berichterstattung bedeutet auch mehr politisches Theater.

Es hilft nichts, die ohnehin selbstkritischen Hauptstadtjournalisten an den Pranger zu stellen. Manche Politiker klagen heute über mediale Erregungswellen, um morgen auf ihnen zu reiten. Sie sollten sich mit Medienschelte zurückhalten.

Vor allem Gerhard Schröder, der zu vielen Journalisten engste Beziehungen pflegte. Einer seiner Freunde, Ex-RTL-Chefkorrespondent Gerhard Hofmann, präsentierte sich vor Journalistenkollegen genüßlich als Schröder-Intimus. Ausgerechnet dieser schrieb über das Wahl-

kampfjahr 2005 ein Buch mit dem Titel: "Die Verschwörung der Journalisten zu Berlin".
Der Autor ist Kommunikationswissenschaftler und Politologe und promoviert über das Spannungsverhältnis von Journalismus und Politik.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):

>>**Für viele Linke ein Staatsphilosoph**

Jürgen Habermas wird 80 Jahre alt - Vordenker der studentischen Protestbewegung

Seit mehr als einem halben Jahrhundert mischt sich Jürgen Habermas in die Tagespolitik ein und gilt als Stichwortgeber der Republik. In dieser Rolle arbeitete er beständig und erfolgreich an der fast totalen Dominanz linken Denkens in Deutschland. Nicht ganz zu Unrecht titulierte ihn der ehemalige Außenminister Joschka Fischer als "fast einen Staatsphilosophen".

Habermas, der dieser Tage 80 wurde, kann also zufrieden sein mit seinem Lebensweg. Er bezieht indes nach wie vor öffentlich Stellung zu einer Vielzahl aktueller Fragen, von der Geißelung der Irak-Politik des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush über den Disput mit dem damaligen Kardinal Ratzinger über Glaube und Vernunft oder das beherzte Plädoyer für ein Referendum über die Zukunft der Europäischen Union bis hin zur Kritik an der politischen Handlungsunfähigkeit als Ursache der Finanzkrise.

Schon zu Beginn seiner akademischen Karriere, insbesondere durch sein offensives Eintreten für eine Bildungsreform, wurde Habermas zu einem Vordenker der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre. Neben Vorbildern wie Mao Zedong oder Che Guevara bezog sich die Bewegung auch auf die soziologischen Theorien der sogenannten "Frankfurter Schule", die Kritik an der "kapitalistischen Überflußgesellschaft" übten.

Habermas versuchte, die kritische Theorie seiner Frankfurter Lehrer Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, an deren Institut für Sozialforschung er Mitte der 1950er Jahre als Assistent arbeitete, aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm herauszuholen und sie in die Gesellschaft zu tragen. Habermas' Bruder im Geiste Herbert Marcuse hatte in einem wegweisenden Traktat über "repressive Toleranz" 1965 gefordert, daß Toleranz nur noch linken, "emanzipatorischen" Kräften gegenüber geübt werden dürfe, während allen konservativen, nicht-linken Kreisen die Teilnahme an der öffentlichen Debatte verwehrt bleiben müsse. Habermas popularisierte letztlich auch diese Idee, der linke Begriff von "Toleranz", der heute die Debattenkultur zerrüttet, wurde nachhaltig von diesem Ansatz geprägt.

Habermas' politisches Engagement, etwa im "Kampf dem Atomtod", also gegen die Stationierung von Atomraketen auf westdeutschem Boden, oder seine vom "demokratischen Sozialismus" übernommenen Ideen übten großen Einfluß aus.

Es kam zum Bruch mit Horkheimer, Adorno & Co., denn Habermas konnte und wollte nicht länger akzeptieren, daß diese den Geist einer "totalen Gesellschaftskritik" aus der Flasche gelassen hatten, ohne reale politische Forderungen anzubieten. Kritiker meinen indes, Habermas "mußte" die alten Vordenker auch deshalb aus dem Weg räumen, um selbst an die Spitze der philosophischen Debatte zu gelangen. Stets verband der Philosoph inhaltliche Diskussionen derart mit persönlichem Machtkalkül, dem Ringen um Deutungsmacht, daß kaum zu erkennen war, was den Vorrang genoß.

Seine Habilitationsschrift "Strukturwandel der Öffentlichkeit" wurde zur Fibel der Anti-Springer-Aktivisten 1967/68, die sich übrigens auch an Argumentationsmustern der SED inspirierten. Den Aktionismus gegen die "herrschenden Verhältnisse" in der Bundesrepublik, den die linken Studenten aus seiner Philosophie herleiteten, befand wiederum Habermas als zu radikal. Er überwarf sich mit den Anführern der Protestbewegung und nannte Rudi Dutschke einen "linken Faschisten". Später bereute er diese Attacke jedoch.

Während der Zeit als Professor für Philosophie und Soziologie in Frankfurt entwickelte Habermas seine Ideen weiter. Seine Diagnose eines krisenanfälligen Konkurrenzkapitalismus und der Glaubwürdigkeitsprobleme der Politik aus dem Jahr 1973 greifen linke Theoretiker

angesichts der aktuellen Finanzkrise gern wieder auf.

In den 1980er Jahren mischte er sich vehement in den sogenannten Historikerstreit ein. Der Historiker Ernst Nolte hatte die Parallelen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, ja die Vorbildfunktion des Stalinschen Vernichtungsapparats für die NS-Lager herausgearbeitet. Aus Furcht, unangenehme Wahrheiten über die Geschichte der radikalen Linken könnten dadurch ins Bewußtsein zurückkehren, schoß Habermas aus allen Rohren auf Nolte. Seit seiner Emeritierung 1994 lebt Habermas im bayerischen Starnberg.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Dezember 2009 (x887/...): >>**GEZ greift nach Handy und PC**

Radio und Fernsehen wollen mehr Geld - aber wozu eigentlich? - Die Rundfunkgebühr als Ersatzsteuer

Während die Bundespolitiker noch über Steuersenkungen streiten, wollen die Länderchefs den Bürgern tiefer in die Tasche greifen - mit Hilfe der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ), die künftig auch für Mobiltelefone und Computer Fernseh-Gebühren kassieren soll.

"20 Prozent auf alles außer Tiernahrung", "25 Prozent auf alles, was einen Stecker hat" - die flotten Werbesprüche einer bundesweiten Baumarktkette scheinen bei den Ministerpräsidenten offene Ohren gefunden zu haben: Da kann man was draus machen, zum Beispiel GEZ-Gebühren auf alles, was einen Bildschirm hat, und sei er noch so klein.

Die 16 Länderchefs, nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) zuständig für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, sind in Krisenzeiten besonders intensiv darauf aus, neue Geldquellen zu erschließen. Eine solche glauben sie nun entdeckt zu haben - in Form internettauglicher Mobiltelefone und Computer, mit denen auch Radio- und Fernsehprogramme empfangen werden können, letztere allerdings technisch und inhaltlich eingeschränkt.

Nach heutiger Rechtslage kann die GEZ für solche "neuartigen Rundfunkgeräte" eine monatliche Grundgebühr von 5,76 Euro kassieren, in Privathaushalten allerdings nur dann, wenn nicht bereits ein anderes Gerät angemeldet ist. Die volle Gebühr für Radio und Fernsehen hingegen liegt bei derzeit 17,98 Euro. Die Differenz von 12,22 Euro war es, die die Ministerpräsidenten hellhörig machte.

Ihre Kalkulation: Von den derzeit 32,2 Millionen privaten GEZ-"Kunden" zahlen 2,4 Millionen nur die Radiogebühr. Offenbar gelten sie als potentielle Schwarzseher, solange sie nicht gerichtsfest beweisen können, daß sie sich nicht mit Hilfe irgendwelchen neuzeitlichen Geräts klammheimlich Zugang zu ARD oder ZDF verschaffen. Nach den einschlägigen Erfahrungen, die zum Beispiel der Erlanger Verein "Bürger fragen Journalisten" in den letzten Jahren machen mußte, ist ein solcher Beweis vor deutschen Gerichten kaum zu erbringen.

Wenn man, so eine der Ideen der jüngsten Ministerpräsidentenrunde, die Rundfunkgebühr einheitlich auf 17,98 Euro festsetzte, würde das allein 30 Millionen Euro pro Monat zusätzlich in die öffentlich-rechtlichen Kassen spülen. Dabei wird in Unionskreisen das Modell einer Haushaltsabgabe bevorzugt: Jeder der 40 Millionen Haushalte zahlt, sofern er nicht aus sozialen Gründen befreit ist oder beweisen kann, daß er über kein empfangsfähiges elektronisches Gerät verfügt. Optimisten errechnen Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro im Jahr.

In der SPD-dominierten rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, die als Koordinierungsstelle für die Medienpolitik der Länder fungiert, will man jedoch nicht ausschließen, daß eine solch eklatante Umkehr der rechtsstaatlich üblichen Beweispflicht dereinst doch noch vom Bundesverfassungsgericht gekippt werden könnte. So setzt man in Mainz eher auf eine gerätebezogene Einheitsgebühr von 17,98 Euro:

Wer einen internettauglichen Computer, Laptop oder Mobiltelefon besitzt, wird automatisch zum GEZ-Gebührenzahler, falls er das nicht ohnehin schon ist. Da nach diesem Modell die erwarteten Mehreinnahmen geringer ausfallen würden, denkt man in diesem Zusammenhang

gleich auch an eine generelle Anhebung über die 18-Euro-Marke hinaus.

Die FDP, die aufgrund ihrer jüngsten Wahlerfolge auch zunehmend Einfluß auf die Medienpolitik der Länder nehmen kann, wartet mit einem deutlich weitergehenden Vorschlag auf. Sie will die GEZ-Gebühr durch eine einheitliche Medienabgabe ersetzen, die - so der medienpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Müller-Sönksen - "niedriger ist als die jetzige Gebühr und von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen gezahlt wird". Bei diesem Modell wären in der Tat rechtsstaatliche Bedenken bezüglich der Beweislast ausgeräumt.

Bei den geräte- oder haushaltsbezogenen Modellen stellt sich vor allem das Problem einer ebenso wirkungsvollen wie rechtsstaatlich sauberen Kontrolle. Wer erfüllt die vielfältigen Kriterien einer Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen? Wer bildet mit wem einen "Haushalt im Sinne des RFinStV" (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag)? Wer hat welches Handy in der Tasche, welches Laptop im Kinderzimmer, welches Radio im auf die Schwiegermutter zugelassenen Zweitauto, welchen auch privat nutzbaren Computer im Büro?

Die Liste solcher Fragen ließe sich schier endlos fortsetzen - bis hin zu der bitteren Erkenntnis, daß man, um Gebührengerechtigkeit zu erreichen, ein Ausmaß an staatlich sanktionierter Schnüffelei installieren müßte, das die heutigen Praktiken des GEZ-Außendienstes deutlich in den Schatten stellen und den Aktivitäten der Stasi nahe kommen würde.

Ein weiteres Problem blieb in der aktuellen Debatte um die Gebührenpläne der Ministerpräsidenten völlig ausgeblendet: Sind die Programmangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio wirklich jene 7,26 Milliarden Euro Zwangsgebühren wert, die die GEZ im Jahr 2008 ein-kassierte? Braucht man wirklich so viel Geld, um das Volk zur besten Sonabend-Sendezeit mit Gottschalk und Silbereisen zu beglücken, sich von haßerfüllten Pseudokabarettisten be-lehren zu lassen, wie dumm es sich mehrheitlich bei den letzten Wahlen verhalten hat, oder in seichten Vorabendserien bestaunen zu dürfen, welche Abartigkeiten zeitgemäßes Liebesleben zu bieten hat?

Erinnern wir uns der 80er Jahre, als um die Zulassung privater TV-Sender gestritten wurde: Waren wir da nicht alle (der Autor dieser Zeilen eingeschlossen) der Meinung, daß Konkurrenz das Geschäft belebt und die Qualität hebt? Ein schrecklicher Irrtum, wie wir heute sehen. ARD und ZDF passen sich immer weiter dem Niveau - will sagen: der Niveaulosigkeit - der Privaten an - und dafür sollen wir immer mehr zahlen?<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 9. April 2010 über Bundeskanzlerin Angela Merkel: >>**Zehn Merkel-Opfer: Kohl, Merz und die SPD**

Wer sich bis zur Spitze der Macht hoch kämpft, muß sich durchgeboxt und Feinde besiegt haben. Merkel hat in zehn Jahren vor allem Männer aus dem Weg geräumt, die ihren Aufstieg verhindern wollten.

Helmut Kohl

Den Bruch mit dem Altkanzler vollzog Merkel 1999 öffentlich in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Während der Rest der Partei sich trotz der Spendenaffäre noch nicht vom Übervater der CDU abnabeln konnte, fand die damalige Generalsekretärin deutliche Worte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Anfang 2000 wurde Kohl von der CDU offiziell aufgefordert, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen - der Altkanzler trat gekränkt zurück. "Sie konnte das machen, weil sie eben nicht total abhängig von ihm war - sie hatte ein Leben vor Kohl, das hatten die anderen in dieser Form nicht. Deshalb war sie bereit, ihn zu stürzen", beschrieb der Journalist Dirk Kurbjuweit Mer-kels Handeln.

Wolfgang Schäuble

Er war Parteichef, sie seine Generalsekretärin: Schon zu Beginn von Merkels Karriere in der CDU war das Verhältnis klar. Schäuble stand als langjähriger Minister in der Hierarchie über ihr. Der Partei- und Fraktionschef geriet allerdings in die Untiefen der CDU-Spendenaffäre und mußte schließlich 2000 zurücktreten. Merkel sägte ihren Chef also nicht ab, doch profitierte sie von seiner Krise: Die Generalsekretärin ergriff die Chance und rückte mit Rücken- deckung der Basis am 10. April 2000 auf den Chefposten der CDU. Daß Merkel 2004 Schäubles Kandidatur zum Bundespräsidenten verhinderte, belastete ihr Verhältnis weiter. Doch Schäuble ist zu loyal und zu pflichtbewußt, um allzu nachtragend zu sein. Seit 2005 ist er eine Stütze der Merkel-Kabinette.

Laurenz Meyer

Laurenz wer? Meyer war vier Jahre lang Generalsekretär der CDU, von 2000 bis 2004. Er begann seine Amtszeit unter Merkel schon am ersten Tag mit einem mißlungenen Scherz: "Ich habe eine viel stärkere Position als Polenz. Einen zweiten Mißgriff können Sie (Merkel) sich nicht leisten." Meyer spielte damit auf die nur siebenmonatige Amtszeit seines Vorgängers Ruprecht Polenz an. Doch Merkel leistete sich den Mißgriff und ersetzte den glücklosen Meyer 2004 durch Ronald Pofalla.

Friedrich Merz

Er wollte eine Steuerreform auf einem Bierdeckel entwerfen, galt als Wirtschaftsexperte und rhetorisches Goldstück der Union: Friedrich Merz hatte Wolfgang Schäuble als Fraktionschef beerbt und schickte sich an, den Machtkampf mit seiner Parteichefin zu suchen. Zum Verhängnis wurde ihm, daß CSU-Chef Edmund Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 Angela Merkel unterstützte und ihr zur Mehrheit für den Fraktionsvorsitz von CDU und CSU verhalf. Merz mußte in die zweite Reihe zurück und durfte als Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize noch ein dreistufiges Steuermodell für einen Bierdeckel entwerfen. 2004 hatte er genug und trat als Fraktionsvize zurück. Dann nahm er schließlich ganz Abschied von der Politik: Seit 2009 sitzt er nicht mehr im Bundestag.

Edmund Stoiber

Das schon legendäre "Wolfratshausener Frühstück" im Jahr 2002 galt zunächst als Triumph des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten über die zaudernde CDU-Chefin. Stoiber wurde Kanzlerkandidat, forderte Gerhard Schröder heraus, feierte sich am Wahlabend für einige Minuten bereits als Sieger und verlor dann doch noch. Im Rückblick erwies sich Merkels Rückzieher als strategischer Gewinn, Stoiber Siegerimage war beschädigt - der größte Konkurrent besiegt. Als Merkel ihn 2005 als Super-Wirtschaftsminister in ihr Kabinett holen wollte, zog Stoiber im letzten Moment zurück und warf sich damit endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Merkel schickte ihn nach seinem Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident zum Bürokratie-Abbau nach Brüssel. Dort ist Stoiber zwischen den Aktenbergen verschwunden.

Volkspartei SPD

Es war einmal eine sozialdemokratische Volkspartei, die sich nach dem Verlust ihrer Kanzlerschaft 2005 in eine Große Koalition retten wollte. Die SPD-Politiker dachten, sie könnten der Regierung ihren Stempel aufdrücken und die neoliberale Kanzlerin vor sich hertreiben. Doch Merkel zog sozialdemokratische Seiten auf und grub dem Koalitionspartner das Wasser ab. Die SPD-Vorsitzenden wechselten, Merkel blieb. Bei den Wahlen 2009 zeigte sich dann, daß nur noch wenige Wähler für die SPD übrig waren: Etwas mehr als 20 Prozent. Seitdem sucht die SPD ihre alten Wähler. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann sucht sie sie noch heute.

Der Andenpakt

Die Mitglieder des sogenannten Andenpakts verfolgten Merkel über Jahre. Es war ein Männerbündnis aus Zeiten der Jungen Union. In diesem Pakt hatten sich Jungpolitiker die Treue geschworen, die allesamt noch etwas werden wollten: Unter anderem Roland Koch, Christian

Wulff, Friedbert Pflüger, Friedrich Merz, Franz Josef Jung und Matthias Wissmann. 2003 flog das Bündnis auf. Merkel wußte nun, warum CSU-Chef Stoiber 2002 Kanzlerkandidat geworden war und nicht sie selbst: Der Pakt hatte ihre Kandidatur verhindert. Inzwischen gilt das Bündnis aber als aufgelöst, Merkel hat die wichtigsten Mitglieder domestiziert oder erledigt. Von der einstigen Loyalität scheint nicht mehr viel übrig, wie ein Blick auf die Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen zeigt. Koch wurde zuletzt von Wulff im Landtagswahlkampf mit seiner Hetze gegen kriminelle Ausländerkinder im Regen stehen gelassen.

Günther Oettinger

Ein Mitglied des Andenpakts war bis zum Ende seiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident einer der verlässlichsten Kritiker Merkels. Günther Oettinger forderte wiederholt, das konservative Profil der CDU zu schärfen oder auch "Union pur" in der Regierung durchzusetzen. Als Oettinger bei einer Trauerrede für den früheren CDU-Politiker und NS-Marinerichter Hans Filbinger zu viel Unschärfe am rechten Rand erkennen ließ, bekam er von Merkel einen ordentlichen Rüffel. 2009 schlug die CDU-Chefin Oettinger als EU-Kommissar vor und schaffte sich den Kritiker damit vom Hals.

Roland Koch

Der konservative Hardliner aus Hessen galt lange Zeit als großer Konkurrent Merkels, auch das Kanzleramt schien vor ihm nicht sicher. Daß er den SPD-Politiker Hans Eichel 1999 mit Hilfe einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als hessischen Ministerpräsidenten abgelöst hatte, begründete seinen Erfolg und sein Image. Doch Koch bekam keine Chance auf einen höheren Posten und machte auch nicht den Fehler anderer Ministerpräsidenten, sich in Merkels Kabinett locken zu lassen. Die Zeit spielte gegen Koch, Merkel wußte das. Längst kann er ihr nicht mehr gefährlich werden. Und so betont er stets seine Loyalität. "Angela Merkel macht ihren Job sehr gut!", sagte er bereits 2006 der "Bild"-Zeitung. Und 2010 dem "Hamburger Abendblatt": "In einer großen Volkspartei ist der Führungsstil, den Angela Merkel pflegt, alternativlos."

Christian Wulff

Man kann es sich heute kaum noch vorstellen, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident galt einmal als Merkel-Konkurrent. Im dritten Anlauf eroberte er überraschenderweise doch noch die Staatskanzlei in Hannover. Seine Beliebtheit als Landesvater ließen Spekulationen über weitergehende Ambitionen sprießen. Doch Wulff blieb bescheiden und sprach sich schließlich sogar die Fähigkeit zum Bundeskanzler ab. Dem "Stern" sagte er: "Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen." Er wolle weder Bundeskanzler noch Minister in Berlin werden. "Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Juli 2010 (x892/...): >>Feiern fördert Volkserziehung

Da wird eine der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands gesperrt, damit die Anwohner und viel Volk von überallher feiern können. Eine enorme Logistik ermöglicht, daß das Volk essen, Musik hören, trinken und tanzen - kurz: feiern kann. Das ganze Spektakel findet im Rahmen der Kulturveranstaltung "Ruhr 2010" statt, und da es sich um Kultur und Feiern handelt, vermuten wir instinktiv, daß es nicht ohne volkserzieherischen Hintergrund abgeht. Wie recht wir doch haben!

Mit dem türkischen Nachbarn solle man seine Pizza teilen, einen "Crashkurs" Griechisch könne man doch mitnehmen, heißt es von seiten eines der Verantwortlichen in einem WDR-Interview von heute morgen. Das erst sei die wirkliche Kultur: alle Kulturen kommen zusammen, feiern zusammen.

Na gut. Wenn man das unter "Kultur" versteht ... Uns erinnert es an zweierlei: zunächst an die Umdeutung von Begriffen. Wer nämlich die Deutungshoheit über Begriffe hat, der bestimmt

den Inhalt und die moralische Bewertung des Inhaltes. Das wußte bereits Konfuzius. Noch das 19. Jahrhundert empfand den Begriff der politischen "Mitte" als anstößig. In der "Mitte" stehe doch nur der, welcher sich nicht richtig entscheiden könne. Sei dem, wie es sei: wer sich noch an den Bundeskanzler Schröder, Gerhard, erinnert, der erinnert sich auch daran, daß dieser Bundeskanzler für sich in Anspruch nahm, die "neue Mitte" zu repräsentieren.

Und wer sich heute noch traut, öffentlich zu erklären, er stehe "rechts", der kann sich danach bei uns melden, falls er das noch schafft. Er bekommt dann eine Belobigung für Zivilcourage. Noch ein Beispiel: die Begriffe Nation, Vaterland, Patriot und Patriotismus wurden in der Zeit der unseligen, weil für Hunderttausende tödlichen französischen Revolution so uminterpretiert, daß jeder, der gegen diese Schlächtereie war, ein Feind der Nation, des Vaterlandes und eben kein Patriot war. Solche Leute erfuhren dann recht schnell das Schicksal, das die Revolution den "Verrätern" und "Vaterlandsfeinden" zugedacht hatte. Spätestens dann nämlich, wenn das Fallbeil sauste (was es heute und hier nicht mehr tut, Gott sei Dank).

Die französische Revolution bringt uns auf den zweiten Gedanken. Sehr schnell entwickelte sie nämlich so etwas wie eine Feierkultur, mit der das Volk belehrt, also umerzogen werden sollte. Mit kaum zu übertreffender Banalität inszenierte man Feiern für Zehntausende, in welchen über Jugend, Alter, Freiheit, Vernunft (in Notre Dame de Paris sinnvollerweise durch eine käufliche "Dame" dargestellt), das Menschengeschlecht, das Volk, die Republik und so weiter in ebenso leicht faßlichen wie unerträglich plattflachen Bildern belehrt wurde.

In Paris wurde anlässlich einer solchen Feier (wie immer wieder gern) auf dem Marsfeld ein Erdhügel errichtet, oben saßen "Greise" (das waren Männer über 40. Nun ja.), von unten erklommen junge Frauen mit ihren Babys den Hügel auf einem ihn umrundenden Weg, um dann den zu Tränen gerührten Greisen die Babys zu reichen. Die Greise legten dann die Babys dem Vaterland symbolisch zu Füßen. Solche Bilder erschließen sich nun wirklich jedem. Jedem. Und das war auch der Sinn.

So feierte das Volk gerne, es gab während der Revolution wenig Brot, dafür um so mehr Spiele dieser Art. Die größte Feiertage erreichte die Revolution in der Terrorphase (von der Ermordung des Königs im Januar 1793 bis Mitte 1794) unter dem Massenmörder Robespierre - während Zehntausende ihr Leben verloren.

Selbstverständlich verliert man sein Leben heute nicht so leicht. Schließlich leben wir in einem demokratischen Rechtsstaat. Und doch könnte man fast meinen, daß von der französischen Revolution lernen heißt, Siegen zu lernen: man ernennt zu "Kunstwerken", was unsere Vorfahren bedenkenlos entsorgt hätten, und wenn Nachbarschaftsfeste mit mitbürgerlichen kulinarischen Spezialitäten nicht mehr so der Renner sind und eher einseitig genossen werden, dann muß eben etwas größeres her.

Zum Beispiel eine gesperrte Autobahn mitten in einem der mitbürgerlichsten Gebiete unserer Republik. Wäre doch gelacht, wenn das nicht irgendwann einmal klappt! Sperrt viele, viele Autobahnen! In der Revolution, damals, da haben die Leute doch auch gerne gefeiert.

Na dann: viel Vergnügen! Hoffentlich regnet's nicht.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >>**Die erste deutsche Revolution**

Von *Michael Stürmer*

Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?

9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.

In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis

Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.

Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.

Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.

Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskundler, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.

Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."

Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.

Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.

Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich". Daß Rußland bei alldem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypotheken der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.

1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche Krieg gegen Österreich ein Scheidungskrieg. Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.

Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt. Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.

Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck. Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.

Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmettete: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.

In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung - Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus - Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.

Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".

Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2011 (x892/...): >>**Islamkritik: Staatliches und göttliches Recht**

Bei der säkularen Kritik des Islam in Deutschland und Europa wird häufig gefordert, daß sich alle Anhänger einer Religion den staatlichen Gesetzen beugen müssen, auch wenn diese Gesetze gegen die Gebote dieser Religion verstoßen. Mit diesem Grundsatz werden indirekt auch Katholiken angesprochen. Und vermutlich liegt es in der Absicht der säkularen Islamkritiker, zu denen auch Thilo Sarrazin oder der niederländische Politiker Geert Wilders gehören, göttliche Gebote und damit auch das Naturrecht, den staatlichen Gesetzen unterzuord-

nen.

Nach Auffassung der überlieferten katholischen Soziallehre kann es im Prinzip keinen Konflikt zwischen dem Naturrecht und dem göttlichen Recht auf der einen Seite und einem gerechten staatlichen Gesetz geben. Viele europäische Verfassungen, so auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche Länderverfassungen nehmen direkt oder indirekt Bezug zum Naturrecht, oder, was dasselbe ist, dem natürlichen Sittengesetz.

Der Islam nun erkennt eine ganze Reihe von Gesetzen des natürlichen Sittengesetzes bzw. des Naturrechts nicht an. Dazu gehört zum Beispiel die rechtliche Gleichheit von Mann und Frau. Insbesondere die Scharia verstößt in mehreren Gesetzen gegen das Naturrecht. Sie kennt zum Beispiel keine echte Toleranz, wie sie das Naturrecht kennt. Auch die Gewaltanwendung gegen Menschen oder das, was der Islam als "heiliger Krieg" bezeichnet, steht im Gegensatz zum Naturrecht. Die darüber hinaus für den Katholiken wesentliche Feindesliebe ist dem Islam völlig fremd.

Auf dieser Grundlage gibt es eine berechtigte Kritik am Islam auch von seiten der Christen. Die Kritik der Säkularisten hingegen fordert vom Islam wie vom Christentum und jeder anderen Religion die Unterordnung unter das staatliche Gesetz und zwar unabhängig davon, ob dieses staatliche Gesetz mit dem Naturrecht im Einklang stehen, d.h. gerecht sind. Diese Forderung ist praktisch die Forderung, Gott habe sich nach den menschlichen Ordnungen zu richten, wenn es einen Konflikt zwischen göttlichem Gebot und menschlichem Gesetz gibt.

Gerade in der jüngeren Vergangenheit sind solche Konflikte zwischen dem Naturrecht und dem staatlichen Gesetz nicht selten. Wenn man einmal von den Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Europa absieht, wo der Angriff auf das Sittengesetz zur täglichen Praxis gehörte, so nehmen auch in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren die Angriffe von seiten des Staates auf das Sittengesetz zu.

Dazu gehören beispielsweise einige Bestimmungen der sogenannten "Antidiskriminierungsgesetze", Verstöße gegen das Erziehungsrecht der Eltern, Angriffe auf Ehe und Familie durch die staatliche Förderung der Homosexualität und durch Gender Mainstreaming und insbesondere die faktische staatliche Legalisierung der Abtreibung. Unsere Website berichtet fast wöchentlich von Beispielen solcher Angriffe auf das Naturrecht.

Die Säkularisten sind bestrebt, diese Kritiker möglichst mundtot zu machen und behaupten auch in diesen Fällen, daß sich das aus dem göttlichen Gesetz folgende natürliche Sittengesetz dem staatlichen Gesetz beugen muß. Trifft dies zu, dann stellt sich die Frage, ob es denn für staatliche, d.h. von Menschen gemachte Gesetze, eine objektive Grundlage gibt oder nicht.

Wenn es keine solche objektive Grundlage für vom Menschen gemachte Gesetze gibt, dann gibt es auch kein Kriterium um Gesetze und Handlungen der nationalen oder internationalen Sozialisten zu verurteilen. Und dies bedeutet zugleich, daß es auch keine Grundlage gibt, um angeblich "göttliche" Gebote des Islam in der Scharia zu verurteilen.

Gibt es aber doch ein objektives Recht, an das sich auch der Staat bei der Gesetzgebung zu halten hat, dann stellt sich die Frage, welches Recht dies sein soll. Die meisten Säkularisten werden hier vermutlich auf die sogenannten Menschenrechte verweisen, doch deren Objektivität ist alles andere sicher. Es gibt zweifellos einige Menschenrechte, die objektiven Charakter haben weil sie zum allgemeinen Sittengesetz gehören, doch in diesem Fall beruht ihre Objektivität gerade darauf, daß es natürliche Rechte sind. Als Menschenrechte hingegen sind sie von Menschen gemacht und werden auch ständig von Menschen verändert, so zum Beispiel, wenn man heute ein "Menschenrecht auf freie Bestimmung der Reproduktion" fordert, was auf gut deutsch ein "Menschenrecht auf Abtreibung" bedeutet.

Das Naturrecht ist keineswegs eine "katholische Erfindung", wie die Säkularisten und Atheisten nicht müde werden zu behaupten, ohne einen Blick in die Geschichte zu wagen. Wesentliche Grundlagen des Naturrechts finden sich bei den griechischen Sophisten, bei Aristoteles,

bei Cicero und ganz besonders im Römischen Recht. Daß die Lehren dieser Philosophen katholisch waren, wird wohl selbst ein halbgebildeter Atheist nicht behaupten wollen. Die Kritik am Islam muß sich deshalb auf dessen falsche religiösen Lehren und dessen "Recht" konzentrieren, insofern dieses gegen das Naturrecht verstößt. Und es sind insbesondere die Rechtsauffassungen und die Traditionen des Islam, die nicht mit dem Naturrecht vereinbar sind und deshalb auch mit den Verfassungen europäischer Staaten in Konflikt geraten. Und da zum Naturrecht auch die Pflicht und das Recht zur Verehrung des wahren Gottes gehört, die Religion des Islam aber objektiv falsch ist, da sie nicht den wahren, dreifaltigen Gott der Liebe verehrt, kann der Islam auch kein Recht auf Verbreitung seiner falschen Lehren beanspruchen. Das Gebot der Toleranz gestattet den Mohammedanern nur die Duldung der Ausübung ihrer religiösen Praxis.<<